FRAKTION DES
BÜRGERVEREINS

IM RAT DER
STADT PULHEIM

Fraktion Bürgerverein Alte Kölner Straße 26 50259 Pulheim

fraktionbuergerverein@pulheim.de
www.bv-pulheim.de

Bürozeiten im Rathaus, Raum 2.20
montags 15.00 – 18.00 Uhr
dienstags bis donnerstags 09.00 – 12.00 Uhr

An

Herrn Christoph Ostendorf

Frau Luzia Kilias

Herrn Professor Dr. Wortmann

Pulheim, 23.04.2012

Antwort auf Ihren „Offenen Brief" vom 19. April 2012

Sehr geehrter Herr Ostendorf,
sehr geehrte Frau Kilias,
sehr geehrter Herr Prof. Dr. Wortmann,

durch Ihren Brief, der aus einem Wortgeklingel abqualifizierender Adjektive besteht, das der Wiederholung nicht wert ist, disqualifizieren Sie sich und Ihre Position hinreichend selbst. Wir würdigen ihn nur deshalb einer Antwort, weil die Bürger/innen ein Recht auf eine sachliche und richtige Darstellung haben. Sie werden daher verzeihen, dass wir Ihre zur Schau getragene Empörung nicht weiter kommentieren.

Den von Ihnen beschworenen Schulfrieden können wir in Pulheim leider noch nicht erkennen, daher können wir ihn auch nicht gefährden. Wir befinden uns bestenfalls auf dem Weg dorthin, und zu diesem Weg gehören für uns in erster Linie ausgereifte alternative Schulformkonzepte, danach die Diskussion derselben mit den Eltern bzw. Bürger/innen, anschließend eine umfassende Befragung und erst dann ein Beschluss des Rates, der die Umsetzung des Bürgerwillens ermöglicht. Der Konsens im Bildungsbeirat kam nur auf Grundlage dieser Rahmenbedingungen zustande. Im Bildungsbeirat wurde von Seiten des Bürgervereins ausdrücklich davor gewarnt, eine übereilte oder nur Teilaspekte berücksichtigende Vorgehensweise zu wählen. Leider sind diese Warnungen auch von Ihnen in den Wind geschlagen worden, daher dürften Sie nun eigentlich über die logischen Folgen Ihres eigenen Handelns nicht verwundert sein.

Rathaus
Alte Kölner Straße 26
50259 Pulheim
Tel. 02238 / 808348
Fax 02238 / 808361

Leider war der Prozess für die Bürger/innen auch nicht so transparent, wie von Ihnen dargestellt. Schließlich werden zurzeit die Eltern von der Verwaltung erstmalig informiert, nachdem auch mit den Stimmen der FDP der Rat schon wegweisende Beschlüsse gefasst hat. Dagegen wehren wir uns zu Recht, eine solche Vorgehensweise haben wir als Bürgerverein immer abgelehnt.

Ihre Behauptung, die Gesamtschuldiskussion sei von Individualinteressen getrieben, widerspricht der Realität, wie unter anderem auch die von der Verwaltung durchgeführte Befragung 2010 gezeigt hatte, in der sich die Eltern noch zu dem Gesamtschulwunsch äußern durften und ihn auch mit zweitstärkstem Stimmenanteil bekräftigt haben.

Die von Ihnen genannten Zahlen zum Übertritt in die weiterführenden Schulen bestreiten wir gar nicht. Natürlich wechselt nur eine begrenzte Anzahl Kinder zu Gesamtschulen oder anderen weiterführenden Schulen in die angrenzenden Städte. Dies ist allein schon durch den Wunsch von Eltern und Kindern nach Ortsnähe der Schule begründet. Dies bedeutet aber nicht, dass die Eltern sich genauso entscheiden würden, wenn Sie eine Alternative in Pulheim hätten. Im Gegenteil, genau dieser Wunsch nach einer Alternative – konkret nach einer städtischen Gesamtschule im Pulheimer Stadtgebiet – ist zahlreich an uns herangetragen worden. Wir bezweifeln also nicht die Mündigkeit von Entscheidungen, sondern bedauern den Mangel an Alternativen, auf deren Grundlage Entscheidungen überhaupt erst gefällt werden können.

Um ein Beispiel zu nennen: Wie Sie sicher wissen, ringen Eltern jedes Jahr mit den Klassenlehrer/innen der Grundschulen um gymnasiale Empfehlungen, da sie ihren Kindern einen möglichst geraden Weg Richtung Abitur ermöglichen wollen, obwohl sich dieser Weg beim aktuellen Leistungsvermögen der betroffenen Kinder manchmal gar nicht aufdrängt. Gerade diesen Eltern wäre mit einer Schulform geholfen, die Entscheidungswege länger offen hält – und diese Eltern sind nur ein Teil derer, die immer wieder die Gesamtschule einfordern.

Was den von uns eingesetzten Fragebogen angeht, ist Ihnen offensichtlich ein Fehler unterlaufen. Wir verwenden – entgegen Ihrer Behauptung – nicht den Originalfragebogen des Landes NRW, sondern unserer hat den Fragebogen des Landes NRW zur Grundlage. Dies ist leicht in der Kopfzeile des Fragebogens nachzulesen und Ihnen sicher nur entgangen.

Eine Änderung zum Originalfragebogen (und zu dem der Verwaltung) ist beispielsweise, dass wir auch nach der reformpädagogischen Modellschule fragen. Dies ist für uns unverzichtbar, da nur das Gesamtkonzept „Sekundarschule/reformpädagogische Modellschule“ (so auch ganz konkret im Bildungsbeirat im Konsens bekundet) bei genügend Elterninteresse umgesetzt werden sollte. Dem gegenüber muss unserer Meinung nach den Eltern auch eine Alternative, nämlich die Gesamtschule, zur Auswahl gestellt werden. Bei dem von Ihnen beschlossenen Fragebogen handelt es sich um eine pseudodemokratische Abstimmung ohne

Entscheidungsmöglichkeiten. Diese Art von demokratischem Verständnis lehnt der Bürgerverein ab.

Gerade durch die Forderung nach früher Einbindung der Bürger/innen in solch wichtige Prozesse dokumentieren wir, dass wir als Bürgerverein sowohl die Bildung als eines der wichtigsten Gesellschaftsgüter als auch die Entscheidung der Eltern über die Bildungswege ihrer Kinder ernst nehmen.

Der Bürgerverein steht dafür, die Bedürfnisse der Bürger/innen und in Bildungsfragen insbesondere die der Kinder und Eltern zu vertreten. Der Bürgerverein wird sicher keine von den Bürger/innen gewünschte und getragene Entwicklung verhindern. Hierzu gehört aber notwendigerweise, dass die Bürgerschaft ihre Bedürfnisse klar formulieren kann, ohne grundlos von vornherein eingeschränkt zu werden. Entscheidungsfreiheit und freie Meinungsäußerung sind zumindest nach unserem Verständnis nämlich ebenfalls hohe Güter.

Mit freundlichen Grüßen

Willy Heinrichs	Beatrix Schröder
(Fraktionsvorsitzender)	(sachkundige Bürgerin im BKSF, Mitglied im Bildungsbeirat)